

Transkript des Pressestatements von BM Altmaier am 15.09.2021 12:30 bis 13:30 Uhr im BMWI

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Anlass ist in der Tat die heutige Kabinettsitzung, wo wir mit der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Klimaschutz und mit der Überbrückungshilfe III und dem Kurzarbeitergeld drei wichtige Themen behandelt haben. Ich komme darauf zurück. Das zweite Thema ist noch einmal das Thema Konjunktur, weil es da ja auch ein bisschen widersprüchliche Meldungen gegeben hat. Und das dritte Thema ist das Thema Industriepolitik, wo wir einen weiteren wichtigen Baustein vermelden können, der diese Politik fortführt und weiter zum Erfolg führt.

Das Erste ist, wir haben heute im Kabinett die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Beschaffung klimafreundlicher Leistungen, kurz AVV Klima, verabschiedet. Das ist ein ganz wichtiger Punkt um das Klimaschutzgesetz umzusetzen. Sie sehen also, dass trotz Wahlkampf die Arbeit der Bundesregierung unvermindert weitergeht. Es war kein leichter Prozess zwischen den Ressorts hier zu einer Einigung zu erzielen, aber es geht um einen ausgesprochen wichtigen Bereich, nämlich das was der Bund beschafft und zwar von Toilettenpapier angefangen bis hin zu Automobilen, Maschinen, Partygeschirr und vielem anderen. Das ist ein Betrag von jährlich 20 bis 30 Milliarden Euro für den Bund. Legt man an die Zahlen der OECD für Deutschland zu Grunde, sind es sogar bis zu 100 Milliarden allein für den Bund. Das ist eine enorme, eine enorme Menge. Wir haben uns vorgenommen bis 2030 die Bundesverwaltung komplett klimaneutral auszugestalten. Das heißt nicht nur die Gebäude und ihre Dämmung, sondern eben auch die Art und Weise wie wir leben, wie wir wirtschaften, wie wir arbeiten klimaneutral zu machen. Das fängt an beim Laubsauger, der in öffentlichen Parks und Gärten von Ministerien eingesetzt wird, geht hin bis zur Beschaffung von tausenden von Druckern, Kopierern, Computern, Getränken bis hin zu Kantinenessen und vieles mehr. Wir haben uns hier auf eine sehr kluge und sehr erfolgversprechende Strategie verständigt. Wir haben einen CO₂ Schätzpreis, der zugrunde gelegt wird, der es den Beteiligten ermöglicht die CO₂ Folgekosten abzuschätzen. Also wenn Sie beispielsweise sich anstatt eines elektronischen Laubsaugers für einen mit fossilen Brennstoffen betriebenen entscheiden, dann hat es natürlich zur Folge, dass über die gesamte Lebensdauer dieses Laubsaugers CO₂ emittiert wird. Deshalb wird es in Zukunft einfacher sein, die Klimabelastung bestimmter Investitionen abzuschätzen. Wir haben noch eine Negativliste geeinigt zwischen den Ressorts, nämlich Dinge die nicht mehr beschafft werden dürfen. Dazu gehören beispielsweise Getränke in Einwegverpackungen, Einweggeschirr in Kantinen und bei Großveranstaltungen hat es in diese Liste auch der Heizpilz geschafft, was aus meiner Sicht schade ist, aber zur Erreichung der Ziele dann auch mit in Kauf genommen werden muss.

Der zweite Punkt der mir wichtig war, wir haben heute im Kabinett in Hinblick auf die Bewältigung der Corona Folgen zwei wichtige Pflöcke eingerammt. Das eine war die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und die Übernahme der Sozialversicherungskosten durch den Arbeitgeber bis zum Ende des Jahres. Ich habe das von Anfang an befürwortet, weil es auch im Interesse der deutschen Unternehmen, insbesondere vieler mittelständischer aber auch Einzelhandelsunternehmen, insbesondere auch in den Innenstädten dringend geboten war. Deshalb gab es zwischen den Koalitionspartnern zuletzt auch keine streitigen Auseinandersetzungen mehr. Ich habe es von Anfang an befürwortet. Ich hätte es auch von Anfang an bis zum Ende des Jahres verlängert, wenn es nach mir gegangen wäre. Genauso wie die Überbrückungshilfe III. Auch hier ist es ganz wichtig, dass die Beteiligten Planungssicherheit haben. Wir überwinden die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie mehr und mehr. Das ist die gute Nachricht. Ich komme gleich noch `mal darauf zu sprechen. Aber es ist selbstverständlich auch so, dass wir in diesem Zusammenhang Unternehmen haben, die nach wie vor deutlich unter den Folgen leiden und dafür haben wir die Überbrückungshilfe III verlängert. Voraussetzung ist natürlich, dass diese Unternehmen weiterhin einen coronabedingten Umsatzrückgang von mindestens 30 Prozent haben; dann sind sie antragsberechtigt. Inhaltlich haben wir die einzelnen Vorschriften nicht reduziert, wir haben sie verlängert. Wir haben einiges einfacher gemacht. Insbesondere haben wir die Neustarthilfe Plus für die Soloselbständigen verlängert. Das heißt für den Zeitraum Oktober bis Dezember können solche Soloselbständigen, deren Umsatz weiter entsprechend eingeschränkt ist, zusätzlich bis zu 4.500 Euro Unterstützung erhalten, die nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird. Ich will in dem Zusammenhang noch einen Satz sagen. Wir haben gestern so ein kleines Säuseln im Blätterwald erlebt oder in einem Baum erlebt, als es darum ging -Plant die Regierung neue Einschränkungen?

Da ist dann auch das Foto des Bundeswirtschaftsministers bis heute Morgen hartnäckig immer wieder aufgetaucht. Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe meine Position zum Umgang mit der Corona-Pandemie im Februar – März letzten Jahres gemeinsam mit den Verbänden der Wirtschaft und der Unternehmen formuliert. Das ist das was wir jetzt auch als Strategie gemeinsam festgelegt haben, dass wir uns nicht mehr in erster Linie an Inzidenzen orientieren, dass wir uns orientieren an der Belegung der Krankenhäuser, dass wir flexible Lösungen ermöglichen. Es gibt überhaupt gar keine Planungen in meinem Haus und, soweit ich weiß, auch nicht in der Bundesregierung zu schärferen Maßnahmen. Jedenfalls ist die Garantie, die wir für die Messeausrichter abgeben und zwar die von denen gewünscht war und die nicht von uns ausgegangen ist, ein völlig untauglicher Beleg um so etwas zu begründen. Also dieses Thema war keines und das wollte ich hier nochmal ausdrücklich gesagt haben.

Wir haben dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, was das Wirtschaftswachstum angeht ja viele Zahlen alle paar Tage. Und dann wird gefragt, ist es jetzt gut, ist es jetzt schlecht. Also ich kann

Ihnen sagen wir liegen gut, wenn es um die Frühjahresprognose der Bundesregierung geht. Wir hatten Ihnen am 27. April gesagt, dass wir davon ausgehen, dass wir 2021 mit 3,5 Prozent Wachstum rechnen und mit 3,6 Prozent im nächsten Jahr. Und wir haben aus heutiger Sicht überhaupt keinen Grund daran zu zweifeln. Das Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Quartal um 1,6 Prozent gestiegen trotz Lieferengpässen, trotz Knappheiten in einzelnen Bereichen, wie dem Bausektor, trotz Wiederaufflammen von Infektionszahlen in vielen Ländern. Das zeigt, dass sich die deutsche Wirtschaft in einer robusten Verfassung befindet. Das zeigt, dass sie die Corona-Pandemie überwunden hat. Das zeigt, dass der Aufschwung begonnen hat und das ist eine gute Nachricht für all diejenigen, die investieren möchten und darüber nachdenken zu investieren. Es ist jetzt der Zeitpunkt, wo es sich lohnt zu investieren. Wir haben klare Rahmenbedingungen. Wir haben eine Politik, die dazu beigetragen hat, dass es einen erneuten, generellen Lockdown nicht mehr geben wird. Und deshalb ist es richtig, dass die Unternehmen mit Zuversicht in die nächsten Monate gehen. Wir werden das Vorkrisenniveau und auch das habe ich damals bereits gesagt, aber ich kann es heute mit umso größerer Deutlichkeit und Betonung sagen. Wir werden das Vorkrisenniveau der deutschen Wirtschaft spätestens Anfang 2022 erreicht haben. Und das heißt, dass wir anschließend dann stärker dastehen werden, als vor der Krise. Das ist angesichts all dessen, was die Wirtschaftsteilnehmer, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die Unternehmen einstecken und verkraften mussten während der Pandemie ein bemerkenswertes Zeichen der Robustheit und der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Natürlich muss weiterhin geimpft werden. Deshalb unterstützen wir auch den Bundesgesundheitsminister und die Gesundheitsministerinnen und -minister der Länder in diesem Prozess. Die Wirtschaft wünscht sich, dass mehr Menschen geimpft werden, weil die Frage des Impfstatus natürlich auch Auswirkungen hat; sollte die vierte Welle der Pandemie zunehmen auf die Beschäftigungssituation in einzelnen Betrieben und manchmal können Quarantänemaßnahmen für einzelne Beschäftigte zu Belastungen für die gesamte Produktion werden. Deshalb müssen wir alles tun um das voranzubringen. Ich glaube wir müssen auch in der Kommunikation stärker deutlich machen, wenn sich jemand impfen lässt, dann tut er das nicht und nicht in erster Linie für die Allgemeinheit, sondern er tut es für sich selbst. Wer sich nicht impfen lässt gefährdet sich und seine Familie und deshalb sage ich das auch bei den vielen Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürgern, die solche Wahlkampfwochen ja mit sich bringen, immer wieder mit Nachdruck. Wenn Sie sich nicht impfen lassen und dann sollten Sie in den nächsten Monaten, in den Wintermonaten ausgesprochen vorsichtig sein. Sie haben dann immer noch keine Garantie das Sie sich nicht anstecken. Wir haben gesehen, dass die Impfungen wirken. Wir haben gesehen, dass die Geimpften bei den Infizierten nur einen kleinen Teil ausmachen und bei den Todesfällen so gut wie gar nicht sichtbar werden. Das alles

sollte auch aus dem Gedanken der Wirtschaftspolitik heraus in den nächsten Tagen parteiübergreifend noch einmal in den Vordergrund gestellt werden.

Es gibt mir die Gelegenheit im Übrigen eine kurze Bilanz zu ziehen - unsere Hilfsmaßnahmen in der Corona-Pandemie. Wir haben bisher als Bundesregierung über 300 Milliarden Euro an Geldern an die Betroffenen zur Verfügung gestellt. Dazu gehören unmittelbare Coronahilfen in Höhe von rund 120 Milliarden Euro, genau gerechnet sind es 119 Milliarden Euro, aber gerundet 120 Milliarden Euro. Darunter gehören die KfW-Kredite, die Sofort-Kredite und der Rettungsfond. Dazu gehört aber auch die Soforthilfen, die Überbrückungshilfen I, II und III, die Novemberhilfen und die Dezemberhilfen. Und ich stelle fest, bei meinen Gesprächen quer durchs Land, wo immer ich mit Menschen in Berührung komme, dass überall die Anerkennung vorhanden ist, dass wir in einer ziemlich schwierigen Zeit geholfen haben. Und auch dort, wo es ein bisschen länger gedauert hat, weil die prüfenden Dritten mit der Stellung der Anträge überfordert waren, weil es gedauert hat bis es dann von der Antragsplattform des Bundes über die Bewilligungsstellen der Länder gelaufen ist. Aber allein der Umstand, dass es diese Hilfen gab, hat nicht nur die Betroffenen ermuntert, sondern hat in vielen Fällen auch dazu beigetragen, dass Sparkassen und Banken ihre Überziehungskredite ausgeweitet und verlängert haben. Und wir können heute mit großer Befriedigung und Zufriedenheit sagen, dass von all den Prognosen über Insolvenzwellen als Folge der Corona-Pandemie so gut wie gar nichts eingetroffen ist. Das Argument war zunächst einmal, dass wir ja die Insolvenzantragspflicht ausgesetzt hätten; das war während der ersten Welle der Corona-Pandemie. Niemand wusste was geschieht, wenn wir wieder zum normalen Rechtszustand zurückkehren. Das ist mit Anfang dieses Jahres geschehen mit der Ausnahme derjenigen Unternehmen, die antragsberechtigt waren für die Ü III. Wir erleben jetzt, dass immer mehr Unternehmen wieder ganz normal von der Regelung erfasst werden und trotzdem ist das der Stand der Insolvenzanträge auf einem Niveau, der deutlich unter dem Niveau vor der Corona-Pandemie liegt. Das zeigt den Überlebenswillen der Unternehmen. Das zeigt aber auch, dass die Hilfen, die wir zur Verfügung gestellt haben, so schlecht nicht waren. Es gehören dazu 38 Milliarden Euro für das Kurzarbeitergeld, für die mein Kollege Hubertus Heil in der Umsetzung verantwortlich war und ist. Aber dieses Kurzarbeitergeld ist für die Beschäftigten, wie für die Arbeitgeber gleichermaßen wichtig gewesen. Und es kommt natürlich hinzu die 130 Milliarden Euro Konjunkturpaket, die wir beschlossen haben im letzten Jahr und die werden zu einem ganz erheblichen Teil, auch was die Zukunftsausgaben betrifft, bereits umgesetzt haben.

Ich will Ihnen nur zwei Dinge sagen, was wir an erstaunlichen Mittelabflüssen auch realisiert haben, damit nicht immer nur darüber geredet wird, was alles nicht abfließt. Wir haben bereits beim Klimaschutzpaket vor knapp zwei Jahren uns entschieden die energetische Gebäudesanierung großzügig zu fördern. Wir haben dies ausgeweitet im Konjunkturprogramm und ich kann Ihnen sagen, dass wir in diesem Jahr für energetische Gebäudesanierung -Dächer, Fenster, Wände, Neubau

von Heizungsanlagen, Umstellung auf alternative Heizungsarten- das wir in diesem Jahr dafür bis zum Ende des Jahres etwa 15 Milliarden Euro ausgegeben haben werden. 6,1 Milliarden Euro sind bereits überwiesen und zugesagt an die Beteiligten und wir gehen davon aus, angesichts der enormen und nach wie vor steigenden Nachfrage, dass wir auf einen Betrag von 15 Milliarden kommen bis zum Ende des Jahres. Das gleich gilt für die verbesserte Umweltprämie für Elektroautos, Vollelektroautos und Plug-In Hybride. Wie erleben, dass wir jeden Monat an die 50.000 Kaufanträge neu bekommen, die auch zum allergrößten Teil genehmigt werden. Wir werden in diesem Jahr, wenn das Jahr vorbei ist, 2 Milliarden dafür ausgegeben haben. Und auch das sind natürlich Beträge, die der Konjunktur zugutekommen, aber gleichzeitig auch dem Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen sie mich zum Schluss noch einen Punkt setzen in Hinblick auf die industriepolitischen Diskussionen. Ich bin sehr erfreut, wenn ich mir die Wahlkampfauseinandersetzungen anschau. Das es sehr viele unterschiedliche Positionen zwischen den Parteien gibt, die sich im Bundestagswahlkampf gegenüberstehen. Das ist der Normalfall. Ich habe genügend Wahlkämpfe erlebt im Laufe meiner längeren politischen Karriere, dass ich das beurteilen kann. Aber was sehr wohltuend ins Auge sticht ist, dass es überhaupt keine strittigen Diskussionen gibt über die Notwendigkeit einer Industriepolitik in Deutschland. Ich habe als Bundeswirtschaftsminister vor ziemlich genau zweieinhalb Jahren mit der Vorlage meiner Industriestrategie ein mittleres Erdbeben ausgelöst, weil es im deutschen Vokabular der Volkswirtschaft bis dahin nicht enthalten war. Es gab heftige Debatten und diese Debatten gehören auch zum Normalfall von Demokratie; aber sie haben dazu geführt, dass es heute in der Europäischen Union und auch in Deutschland einen Konsens gibt über die Notwendigkeit von Industriepolitik im 21. Jahrhundert um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft mittel- und langfristig zu erhalten und damit den Wohlstand dieses Landes zu mehren und zu bewahren. Und das heißt, dass wir bei unseren industriepolitischen Impulsen nicht die Technologien der Vergangenheit subventionieren, die auf Dauer keine Chance mehr haben, sondern dass wir uns auf hochinnovative Technologien konzentrieren in industriellen Bereichen, die es auch künftig geben wird und von denen wir wollen, dass sie auch künftig in Deutschland heimisch sind.

Um Ihnen ein Beispiel zu nennen: Wir alle gehen davon aus, dass der Stahlbedarf der Weltwirtschaft auch in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird. Es werden hochwertigste Stähle benötigt. Deutschland ist führend in diesem Bereich. Aber die Stahlproduktion ist mit dem Ausstoß von CO₂ verbunden in erheblichem Maße. 7 Prozent des deutschen CO₂-Ausstoßes erfolgt durch die Stahlindustrie. Es bringt auch gar nichts, die dann nach China oder nach Indien auszulagern, denn CO₂ ist CO₂ egal wo es produziert wird und verteilt sich gleichmäßig in der Atmosphäre. Und deshalb

haben wir uns als Ziel gesetzt klimaneutralen grünen Stahl zu produzieren und das ist Teil unserer Industriepolitik. Wir haben damit begonnen im Herbst 2018 mit dem ersten gemeinsamen europäischen Projekt, was von Deutschland ausgegangen ist und das ein Erfolgsprojekt sondergleichen ist. Ich will Ihnen nur im Zusammenhang die Projekte, die bisher auf die Schienen gestellt worden sind, nennen: Batteriezellenfertigung, Wasserstoff, grüner Wasserstoff, Mikroelektronik, Quantencomputing, GaiaX Cloudtechnologie und Bioökonomie. In all diesen Bereich haben wir große Fortschritte erzielt und es ist mir ein Anliegen, ganz gleich, wer diese Bundestagswahl gewinnen mag. Ich hab natürlich eine Vorstellung, wer sie gewinnen soll, aber es ist nicht meine Aufgabe als Wirtschaftsminister heute in der Pressekonferenz mich dazu auszulassen, sondern ganz gleich, wer am Ende regiert und in welcher Koalition und mit welcher Verteilung von Ressorts. Ich halte es für absolut wichtig, dass diese Industriepolitik ihre Fortsetzung findet, weil sie sich als ausgesprochen erfolgreich erwiesen hat und weil wir weltweit dafür bewundert werden. Wir haben dazu in dieser Legislaturperiode 12 Milliarden Euro zusätzlich zu den bereits genannten Beträgen zur Verfügung gestellt. Das ist sehr gut angelegtes Geld. Ich werde es deutlich machen an dem Thema Batteriezellfertigung. Das war das erste Projekt. Es war ein persönliches Anliegen von mir. Die ersten, die Bescheide erhalten haben, war VARTA; ein mittelständisches Unternehmen in Baden-Württemberg mit über 300 Millionen Euro. Wir haben in der vorletzten Woche, Malu Dreyer und ich, in Rheinland-Pfalz, in Kaiserslautern an Opel einen Bescheid von 438 Millionen Euro übergeben. Es ist die BASF. Es sind hochinnovative Unternehmen von Schleswig-Holstein bis nach Bayern und von Baden-Württemberg bis nach Sachsen. Die BASF investiert enorm in Kathodenmaterial für Batterien, in modernste Recyclingmethoden. Und wir können heute sagen - ich habe Elon Musk vergessen. Elon Musk in Brandenburg wird neben der Autofabrik auch einer der größten Batteriefabriken weltweit bauen und vor allen Dingen eine der Innovativsten mit Forschung und Entwicklung hier an diesem Standort, so wie alle anderen Investoren auch. Wir fördern keine verlängerten Werkbänke. Wir fördern Technologien, wo das Knowhow hier in Deutschland ist und in Deutschland weiterentwickelt wird. Und deshalb könne wir mit großer Zufriedenheit sagen, dass hier ein neues Ökosystem entsteht. Es zeichnet sich jetzt bereits ab, dass wir unser Ziel von 25 bis 30 Prozent Weltmarktanteil europäischer Batterien bis 2030 erreichen werden und das Deutschland in Europa das Schwerpunktland für die Batteriezellforschung und für die Batteriezellproduktion sein wird mit einer erheblichen Wertschöpfung auch für unsere Nachbarländer. Und das ist ein Beispiel dafür, wie gute Industriepolitik funktioniert.

Wir haben das gleiche gemacht beim grünen Wasserstoff. Dort haben wir fast 9 Milliarden Euro aufgeteilt auf 62 Unternehmen, die damit die Aussicht haben ihre Projekte in diesem Bereich -von der Erzeugung über den Transport über die Verteilung und den Verbrauch von grünem Wasserstoff voranzutreiben. Dazu gehören 2 Milliarden Euro für die Stahlindustrie um grünen Stahl zu

produzieren. Dazu gehören aber auch eben viele Projekte, die von synthetischen Kraftstoffen über die Rückverstromung von grünem Wasserstoff über die Bereitstellung geeigneter Leitungssysteme dazu beitragen, dass Wasserstoff zu einer globalen Infrastruktur wird.

Ich stelle im Übrigen fest, dass in der politischen Diskussion, in der Hitze des Gefechts, viele der Beteiligten diese ganzen Vorgänge nur unzureichend oder unvollständig erinnern. Das gilt manchmal auch für Kabinettsmitglieder, die viele Sachen fordern, die wir längst in der Bundesregierung gemeinsam entschieden haben. Ich bin dem Bundesfinanzminister sehr, sehr dankbar, dass er mir geholfen hat diese -10 Milliarden Euro sind es insgesamt für grünen Wasserstoff, 8 Milliarden Euro hier in Deutschland, 2 Milliarden Euro davon in der internationalen Kooperation- im Konjunkturpaket zu verankern. Und wenn Olaf Scholz da manchmal sagt, beispielsweise, wir müssen den Stahl fördern, dann ist es so, dass wir das bereits im Frühjahr entschieden haben mit entsprechender öffentlicher Anteilnahme – beispielsweise bis zu 700 Millionen für Thyssenkrupp, 400 Millionen für Saarstahl, drei große Projekte von ArcelorMittal für Salzgitter und für alle anderen die in Deutschland Stahl produzieren.

Wir haben als nächstes das große europäische Projekt IPCEI- Industrial Cloud. Da geht es darum, dass wir das Projekt GaiaX mit einem Unterbau versehen, der dann auch praktisch dazu führt, dass wir einen Aufwuchs von Cloudkapazitäten erreichen. Nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht. Wir haben dazu 750 Millionen Euro zunächst zur Verfügung gestellt. Wir haben einen Förderaufruf gestartet; es gibt 30 Projektskizzen mit über 100 beteiligten Industrieunternehmen, Mittelständlern und Startups. Wir sind dabei die Projektauswahl zu treffen in diesen Tagen, damit sie in den europäischen Matchmaking Prozess Eingang finden kann. Ich kann Ihnen jetzt natürlich noch keine Details nennen; aber unter denen, die sich gemeldet haben, sind auch so renommierte Unternehmen, wie SAP, Volkswagen, Siemens, Deutsche Telekom, die Schwarz Gruppe und viele, viele andere. Dies ist ein Projekt, das genau wie GaiaX von einer ganz großen Zahl von Unternehmen mit großer Unterstützung und großer Zustimmung angenommen wird.

Wir haben außerdem in Hinblick auch auf die zunehmende Bedeutung von Mikrochips und Halbleitern uns entschieden, bereits vor einem dreiviertel Jahr, ein IPCEI Mikroelektronik aufzulegen; das zweite bereits in meiner Amtszeit und wir werden dort einen Förderbedarf haben von bis zu 10 Milliarden Euro, weil wir eine große Chance haben, ausländische Investoren damit auch in Deutschland und Europa anzusiedeln, den Standort Dresden weiter auszubauen zu dem europäischen Ökosystem für Halbleiter und Mikrochips und damit auch die Resilienz und die technologische Souveränität der deutschen Volkswirtschaft nachhaltig zu stärken. Und im Übrigen, es sind gute Zeichen. Ich habe mit dem CBO von Google, mit Philipp Schindler, und mit dem Europachef von Microsoft in getrennten Gesprächen in der letzten Woche und in der vorletzten Woche darüber

gesprächen. Beide Unternehmen verstärken auch ihre Tätigkeiten und auch ihre Investitionen in Europa und in Deutschland. Das zeigt, dass die Bedeutung des Datenmarktes Deutschland enorm gestiegen ist und das hängt mit diesem Projekt zusammen.

Ich habe, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch eine ganze Reihe von Projekten, die wir umsetzen werden. Komme dazu aber bei Gelegenheit nochmal auf Sie zu. Ich will insgesamt sagen, dass wir dabei sind, mit diesen Zukunftstechnologien Arbeitsplätze neu zu schaffen, die es bislang in Deutschland in dieser Form nicht gibt und innovative Arbeitsplätze, die wir bereits haben resilient und widerstandsfähig zu machen. Deshalb glaube ich, dass die Bekämpfung der Corona-Pandemie, das konjunkturelle Anreizpaket und die Industriepolitik der Bundesregierung drei Schlüsselemente dafür sind, dass Deutschland wirtschaftlich besser dasteht, als viele andere, vergleichbare Länder um uns herum.

Vielen Dank.